

Durch die Entscheidung des US-Verteidigungsministeriums werden alle militärischen Aktivitäten am Standort Würzburg zum Fiskaljahr 2008 eingestellt und das Gelände an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben. Dies hat die Gewerkschaft ver.di veranlasst, einen "Runden Tisch" einzufordern. Nach ersten Berechnungen von ver.di und den für die Beschäftigten zuständigen Betriebsvertretungen sind durch die Schließung der Kaserne ca. 450 KollegInnen von dem Verlust des Arbeitsplatzes bedroht.

Vor Vertretern der Stadt Würzburg und anderen Teilnehmern stellte der zuständige ver.di Gewerkschaftssekretär Sinan Öztürk klar, dass auf das vorhandene Know-how der Beschäftigten bei der weiteren Nutzung der Liegenschaft zurückgegriffen werden sollte. Die Ankündigung der Universität, ihre Kapazitäten erweitern zu wollen und hier eine Nutzung der ehemaligen Kaserne zu favorisieren, würde aus Sicht von ver.di eine Weiterbeschäftigungsmöglichkeit der betroffenen Beschäftigten eröffnen. Diese MitarbeiterInnen kennen die örtlichen Gegebenheiten bestens und sind hochmotiviert. Ferner führten die permanenten Qualitätsanforderungen der US-Army an ihre Beschäftigten zu hervorragenden Qualifizierungen der Arbeiter und Angestellten. In der Zeit bis zu einer möglichen Nutzung der Liegenschaften durch die Universität, werden ver.di und die Hauptbetriebsvertretung (HBV) weitere Gespräche für die Einrichtung einer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mit dem Arbeitgeber US-Army führen. Die betroffenen Beschäftigten sind bereit, den möglicherweise hierfür notwendigen Druck auszuüben.

Der Vertreter der US-Army, Herr Lustinger teilte mit, dass für die betroffenen Beschäftigten eine Transfer-gesellschaft gegründet werden soll. Durch die bereits durchgeführte Teilschließung in Würzburg wurden die personalhoheitlichen Aufgaben der verbliebenen Beschäftigten nach Schweinfurt übertragen. Damit sind nun mit der Schließung in Würzburg auch Beschäftigte in Schweinfurt durch Arbeitsplatzverdrängung betroffen.

Nach Einschätzung von Herrn Lustinger werden die anstehenden Schließungen problematischer sein als frühere. Bei den Schließungen in Giebelstadt und Kitzingen war es noch möglich, Planstellen für die Betroffenen zu blocken und diese umzusetzen. Mit der Schließung Würzburg werden jedoch gleichzeitig die Standorte Gießen und Hanau aufgegeben. Nun aber muss mit einer größeren Anzahl von Kündigungen gerechnet werden. Um diese Maßnahmen für die Beschäftigten abzufedern, werden, begleitet durch zusätzliche Steuermittel des US-Verteidigungsministeriums, Transfergesellschaften gegründet

Ver.di begrüßte diese Entscheidung, machte jedoch deutlich, dass AAFES- Beschäftigte von der Aufnahme in die Transfergesellschaften ausgeschlossen sind und hier ein dringender Handlungsbedarf besteht. Ohne eine Transfergesellschaft für AAFES müssten diese

Beschäftigten sofort den Weg in die Arbeitslosigkeit gehen. Überlegungen der Stadt Würzburg, die Beschäftigten der AAFES der Firma IKEA zu empfehlen, werden von ver.di begrüßt.

Da derzeit noch kein genauer Fahrplan für die Schließung vorliegt, wird der nächste Runde Tisch auf unbestimmte Zeit vertagt.

Bis zum nächsten Termin wird ver.di folgende Gespräche führen:

1. Präsident der Universität Würzburg
 - Übernahme der Beschäftigten US-Army/AAFES
2. Herrn Osterburg, Staatskanzlei der Bay. Staatsregierung
 - Organisatorische Abwicklung bei der Übernahme der Beschäftigten
3. Kommunale Politiker der Stadt Würzburg
 - zukünftige Nutzung der ehemaligen Kaserne
4. Arbeitgeber US- Army/AAFES –
 - Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft, Aufnahme der AAFES Beschäftigten in die TG/BQG